



REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

II-10894 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 711 62-9100
Teletex (232) 3221155
Telex 61 3221155
Telefax (0222) 73 78 76
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 5905/13-4-90

50211AB
1990 -04- 30
zu 50221J

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.
Burgstaller und Genosse vom 28. Februar 1990,
Nr. 5022/J-NR/1990, "Grundablöse im Zuge des
zweigleisigen Ausbaues der Schoberstrecke"

Ihre Fragen

"Werden Sie im Hinblick auf die in der Anfragebegründung dargelegte Zwangssituation der Familie Lutz eine Gesamtablöse des Grundstücks sowie des Wohnhauses der Familie Lutz veranlassen?"

"Werden Sie sich mit dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten hinsichtlich einer gemeinsamen Vorgangsweise der ÖBB bzw. der Pyhrnautobahn AG hinsichtlich dieser Gesamtablöse ins Einvernehmen setzen?"

"Bis wann kann die Familie Lutz mit einer zufriedenstellenden Lösung dieser Angelegenheit rechnen?"

darf ich wie folgt beantworten:

Zwischen den ÖBB und der Pyhrn Autobahn AG wurde in gegenseitlicher Angelegenheit Kontakt aufgenommen.

Beide Partner stellen jenen Betrag zur Verfügung, der bei einer Gesamteinlöse der Liegenschaft Lutz an baulichen Maßnahmen eingespart werden kann. Die Federführung für die Einlöse obliegt der Pyhrn Autobahn AG, wobei der Familie Lutz ein entsprechendes Angebot bereits unterbreitet wurde. Eine diesbezügliche Entscheidung steht allerdings noch aus.

- 2 -

Der von den ÖBB gestellte Enteignungsantrag für eine Teilfläche war notwendig, um Verzögerungen bei der Realisierung des Projektes "Umbau Bahnhof Mautern" hintanzuhalten.

Selbstverständlich wird dieser Antrag bei einer Einigung zwischen der Familie Lutz und der Pyhrn Autobahn AG hinsichtlich der Gesamtablöse gegenstandslos. Ein Termin für diese Einigung ist aus der Sicht der ÖBB nicht abzuschätzen. Es wird jedoch von allen Beteiligten mit Nachdruck an einer positiven Lösung dieses Problems gearbeitet.

Wien, am 26. April 1990

Der Bundesminister

